



Terroranschlag auf Juden bei Hebron



Wie gefährlich Hebron ist – allerdings nur für Juden, a.k.a. „israelische Siedler und Besatzer“ ([PI berichtete](#)) – hat sich gestern wieder gezeigt. Unmittelbar vor der Wiederaufnahme der „Friedensverhandlungen“ zwischen Israel und den sogenannten Palästinensern sind in der Nähe von Hebron in den jüdischen Bergen (von Palästinenserfreunden als Westjordanland bezeichnet) vier Israelis einem Terroranschlag zum Opfer gefallen. Die „Friedensorganisation“ Hamas hat sich bereits zu der Tat bekannt.

Statt die Toten zu betrauern und die Mörder zu verurteilen, sind die Medien bereits wieder fleißig dabei, die Opfer zu Tätern zu machen und die Attentäter zu unschuldigen Opfern. In der [AFP-Meldung](#) steht:

Der „Terrorangriff“ habe sich unweit der jüdischen Siedlung Kirjat Arba ereignet, sagte der israelische Polizeisprecher Micky Rosenfeld.

Wieso wird der Terrorangriff apostrophiert? Ist Terror gegen

jüdische Siedler kein echter Terror, weil sie angeblich „Besatzer“ sind? Oder sind nicht viel eher die Juden seit Jahrtausenden die Ureinwohner in den jüdischen Bergen? Zufälligerweise stammte sogar König David aus Hebron und der war ja wohl kaum ein Palästinenser.

Auch der [Focus-Bericht](#), der die Hamas als Attentäter nennt, betont in erster Linie die Gewaltbereitschaft Israels:

Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak kündigte eine harte Reaktion an. Ziel des Attentats sei es, die direkten Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern zu sabotieren, die am Donnerstag nach fast zweijähriger Pause wieder aufgenommen werden sollen. „Israel wird es den Terroristen nicht erlauben, dass sie ihre Köpfe erheben, und wird von den Mördern und denen, die sie geschickt haben, den Preis einfordern“, sagte Barak.

Bei den vier Todesopfern handelt es sich übrigens um zwei Männer und zwei Frauen zwischen Mitte 20 und Mitte 40 Jahren. Eine der beiden Frauen war schwanger. Sie wurden alle gemeinsam in ihrem Auto erschossen. Die Attentäter überprüften nach den Schüssen den Wagen darauf, [ob wirklich tot waren](#), man wollte da ganz sicher gehen.

Bilder vom Tatort:



“Journalisten” machen News



Bekanntlich kann jeder, der gegen die Ground Zero Moschee ist, nur ein „konservativer Hetzer“ sein. Und weil die Welt nun einmal so ist, wie linke „Journalisten“ sich diese vorstellen, können Gegner des Eroberungssymbols nur „Rechte“ sein. Um den finalen Beweis zu erbringen, hat der Mainstream Sender ABC am 22. August einen als Demonstranten gerierenden Journalisten unter die Moscheegegner entsandt, um fernsehtaugliche Bilder zu provozieren, die man für seine Schmierenkampagne benötigt.

Eine der Sprecherinnen der Demonstration, Andrea S. Lafferty, berichtet von einem ABC-Mitarbeiter, der auf Demonstranten zuging, sie befragte und sie mit seiner Handy-Kamera aufnahm (Foto oben links). Dieses Aufnahmegerät wäre nicht notwendig gewesen, hatte der Medienvertreter doch ein eigenes Kamerateam dabei. Vor diesem fragte er in aggressiver und respektloser Weise einen Teilnehmer, der das Schild „Keine Schariah hier“ hochhielt, warum er sich bedroht fühlte, vor was er Angst habe und warum er ihm nicht antworte.

Von der Verbindung des Kamerateams mit dem Provokateur wusste Lafferty zu diesem Zeitpunkt aber noch nichts, sondern hatte aufgrund des Auftretens des Mannes im schwarzen T-Shirt den Eindruck, dass er eigentlich der Demonstration angehörigen könnte, die die Moschee unterstützte (PI berichtete), oder ein „Journalist“ von einem dieser kleinen linken Blättchen sei. Die Frage, für welche Zeitung oder sonstiges Medium er denn arbeite, beantwortete er jedoch nicht, sondern verschwand.

Ein Kameramann von ABC News, der in der Nähe stand, bestätigte

Lafferty jedoch, dass der Mann im schwarzen T-Shirt zusammen mit ihm für diesen Sender arbeitete. So folgte Lafferty dem „Journalisten“ im schwarzen T-Shirt und stellte fest, dass dieser wirklich für ABC tätig ist ([siehe Bilder](#)). Damit ist nach Ansicht Laffertys klar, dass der Mitarbeiter von ABC News das Ansinnen hatte, eine Reaktion von Demonstranten zu provozieren, die man als „Nachrichten“ hätte verbreiten können.

[Associated Press](#) beschreitet einen anderen Weg, um die Öffentlichkeit im Sinne einer Moscheebauunterstützung zu beeinflussen. Sie gibt ihren Mitarbeitern eine Richtlinie an die Hand, wie über die geplante Moschee zu berichten ist. Dabei sollen die „Reporter“ so über das Objekt berichten, dass die emotionale und geographische Nähe zum Ground Zero möglichst heruntergespielt wird, weshalb der Begriff „Ground Zero Moschee“ auch nicht verwendet werden soll.

Dabei wird auf die Tatsache nicht eingegangen, dass in dem Gebäude, das zugunsten der Moschee abgerissen werden soll, beim Anschlag vom 11. September 2001 das [Fahrwerk](#) und andere Teile des Flugzeuges (United Flight 175) einschlugen, das unter Allahu Akbar-Rufen in einen der Zwillingtürme gesteuert worden war. Den dadurch hervorgerufenen Schäden – neben den sonstigen Bewegungen am Immobilienmarkt – ist es wohl auch geschuldet, dass das Gebäude, das vor dem 11. September noch 18 Millionen wert war, nun der Religion des Friedens für ca. vier Millionen zugeschlagen wurde (Rush Limbaugh Radio Show, kein Link verfügbar).

Doch für AP darf die Moschee dennoch nicht Ground Zero Moschee genannt werden. Die Presseagentur gibt vor, dass diese von ihren Mitarbeitern wie folgt bezeichnet werden soll:

- Moschee 2 Blocks vom World Trade Center (WTC) entfernt
- Muslimisches (oder islamisches) Zentrum in der Nähe des WTC
- Moschee in der Nähe von Ground Zero
- Moschee in der Nähe des WTC

Es könnte – so AP – sich als nützlich erweisen, in manchen Artikeln darauf zu verweisen, dass in dem Gebäude, das durch die neue Moschee ersetzt wird, schon seit 2009 „Gottesdienste“ (prayer services) abgehalten werden.

Das ist natürlich wichtiger als das Detail, dass das Gebäude durch den Anschlag vom 11. September beschädigt wurde und so sehr viel billiger in die Hände des „Brückenbauers“ vom Ground Zero fiel.

Merkel: Sarrazins Äußerungen sind diffamierend



Das hat gerade noch gefehlt: Die Kanzlerin schaltet sich in die Sarrazin-Diskussion ein. Sarrazins Bemerkungen ließen die Bundeskanzlerin „nicht ganz kalt“. Sie findet sie „überhaupt nicht hilfreich“ für die Integration von Ausländern in Deutschland.

„Da müsste ein ganz anderer Ton angeschlagen werden.“ Nun, dann kann sie uns ja zeigen, wie man Moslems „richtig“ integriert. Legt sie bereits den Grundstein für die nächste Große Koalition, in der sie sich offensichtlich deutlich wohler gefühlt hat? Jeder will dabeigewesen sein, wenn die Sau durchs Dorf getrieben wird. Wobei jeder auch noch draufsatteln will, was langsam schwierig wird. Der Zentralrat der Juden

empfiehlt Sarrazin allen Ernstes den Eintritt in die NPD. Das ist an Impertinenz wirklich nicht mehr zu überbieten. Die Kanzlerin, die bei der medialen und politischen Hetze unbedingt mitmischen will, [sagte](#):

Thilo Sarrazin provoziert – jetzt auch die Kanzlerin. Angela Merkel findet die Äußerungen des umstrittenen Bundesbankers zu Ausländern in Deutschland „äußerst verletzend und diffamierend“. Der Zentralrat der Juden empfiehlt dem Sozialdemokraten den Eintritt in die NPD.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in scharfer Form auf die jüngsten Äußerungen von Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin reagiert. Dessen Sätze seien „äußerst verletzend, diffamierend und sehr polemisch zugespitzt“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Mittwoch in Berlin.

Sarrazin hatte erklärt, 40 Prozent der muslimischen Migranten lebten von Transfer-Leistungen.

Frau Merkel, wie wäre es mit einem Beweis des Gegenteils?

Derweil will sich Siegmund Gabriel inhaltlich mit Thilo Sarrazin auseinandersetzen (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)), aber er ist einfach zu sensibel, um sich mit dessen „gewalttätiger“ Sprache zu beschäftigen. Die gewalttätige Sprache des Koran hingegen bereitet ihm wohl keine Kopfschmerzen, und wenn im Internet Moslems zum Terror und Linke zu Polizistenmorden aufrufen, hat der SPD-Chef bekanntlich weniger Probleme. Sarrazin sei ein „mediensüchtiger Besserwisser“, und der SPIEGEL [bedauert](#), dass man ihn nicht einfach aus der SPD rausschmeißen kann.

Für ein hartes Vorgehen liegen die Hürden höher. Das macht die Lage für Gabriel nicht einfacher. Er weist jetzt ausdrücklich darauf hin, dass man für einen Parteiausschluss letztlich gerichtsfeste Beweise brauche.

Der Druck von außen auf die SPD, gegen Sarrazin vorzugehen, ist groß. Die Grünen warfen dem Politiker an diesem Dienstag „Hasstiraden“ vor. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck, sagte: „Wem auf gesellschaftliche Herausforderungen in einer multikulturellen Demokratie nur Beschimpfungen der ohnehin schon Benachteiligten einfallen, hat nicht verstanden, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist.“

(...)

Sarrazin befürwortete „die gesetzliche Diskriminierung von Muslimen“, kritisierte der Interkulturelle Rat in Deutschland, in dem neben Religionsgemeinschaften auch Gewerkschaften, Kommunen und Wissenschaftler vertreten sind. „Um Muslime diskriminieren zu können, ist Sarrazin offensichtlich auch zu einer Grundgesetzänderung bereit. Das ist Rassismus pur“, sagte der Vorsitzende Jürgen Micksch.

Die Berliner SPD-Arbeitsgemeinschaft Migration protestierte schon am Montag: „Nun haben wir es schwarz auf weiß: Sarrazins Positionen sind diffamierend und gefährlich populistisch. Für uns ist Sarrazin schon lange kein Sozialdemokrat mehr.“ Der Berliner Linksfraktionschef Udo Wolf nannte Sarrazins Äußerungen unerträglich, rechtspopulistisch und an Volksverhetzung grenzend. „Der Ex-Senator beurteilt Menschen lediglich nach der Verwertbarkeit für sein persönliches Wohlbefinden.“

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, der sich mit Fragen der Integration und Zuwanderung beschäftigt, kritisierte, Sarrazin bringe „dort, wo er Recht hat, nichts Neues und dort, wo er neu ist, meist eine groteske Mischung von statistisch verbrämten Halbwahrheiten, Vorurteilen, Unterstellungen und böartigen Verallgemeinerungen“. Das Gremium bezeichnete Sarrazin als „mediensüchtigen Besserwisser“.

Und anstatt die doppelzüngigen Grünen und Linken, deren

MenschenrechtsexpertInnen keinerlei Kritik am Islam oder am Sozialismus zulassen, in ihre Schranken zu weisen, redet Gabriel ihnen nach dem Munde.

Das 2004 verstorbene SPD-Mitglied Martin Neuffer durfte 1982, damals, als es noch erlaubt war, die Wahrheit zu sagen, [schreiben](#):

Eine radikale Neuorientierung der Bonner Ausländerpolitik fordert der langjährige hannoversche Oberstadtdirektor, Städtetagpräsident und NDR-Intendant Martin Neuffer, 57. In seinem soeben erschienenen Buch „Die Erde wächst nicht mit“ Martin Neuffer: „Die Erde wächst nicht mit. Neue Politik in einer überbevölkerten Welt“. Verlag C. H. Beck, München; 195 Seiten; 17,80 Mark. plädiert der linke Sozialdemokrat dafür, die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik „scharf“ zu drosseln und auch das Asylrecht „drastisch“ auf Europäer zu beschränken.

(...)

Bei Emigrationen in Länder gleicher Sprache und verwandter Kultur sind die Belastungen noch am geringsten. Wenn arbeitslose englische Facharbeiter nach Australien auswandern, wo sie gebraucht und mit offenen Armen aufgenommen werden, so gibt es da sicher keine strukturellen, sondern höchstens vorübergehende persönliche Schwierigkeiten. (...)

Da, wo die Umsiedlung in einen sprachlich und kulturell ganz fremden Raum stattfindet, wird der Vorgang problematisch. Sind es einzelne oder wenige, die diesen Schritt tun, so kann die Integration in die neue Umgebung gelingen – mag sie auch mindestens die beiden ersten Generationen besonders belasten. Handelt es sich um größere ethnische Gruppen, die sich im fremden Kulturkreis ansiedeln, so wird die Chance der Integration teils erschwert, teils auch bewußt abgelehnt.

Das amerikanische Beispiel ist instruktiv. Aus eingewanderten Mexikanern werden keine englischsprechenden Nordamerikaner. Sie bringen ihre spanische Kultur und Sprache mit und bilden

eine eigene Gesellschaft. In Wirklichkeit handelt es sich dabei gar nicht um eine Einwanderung, deren Ziel immer die Integration im aufnehmenden Land ist, sondern um eine Art friedlicher Landnahme. Zwischen 1980 und 2000 wird für Mexiko ein Bevölkerungszuwachs von 42 Millionen Menschen erwartet zu den 67 Millionen, die es dort jetzt schon gibt. Welcher Druck von diesem Wachstum ausgehen wird, ist leicht auszumalen. Ein großer Teil wird sich tatsächlich in den USA abspielen.

Ein anderes abschreckendes Beispiel sind die asiatischen Minderheiten in Großbritannien. Tatsache bleibt, daß ihre S.39 Integration offenbar weithin mißlungen ist, daß sie in einer unterprivilegierten Gettosituation leben, zum Teil in kriminelle Verhaltensweisen abgleiten und zu allem anderen auch noch zur Herausbildung von Reaktionen des Rassenhasses bei der eingewanderten weißen Bevölkerung Anlaß geben. Am Ende stehen dann jene grausamen Straßenschlachten und Stadtteilverwüstungen, die an die brennenden Negerviertel der nordamerikanischen Großstädte erinnern.

Was würde die SPD heute sagen? Neuffer nachträglich rausschmeißen? Sich von ihm distanzieren? Wir wissen es nicht, aber wir wissen, dass SPD und Grüne in Umfragen derzeit [weit vor](#) der CDU/FDP-Koalition liegen.

(Spürnasen: Mister Maso, Fritz H., Christiane, Antivirus und Micha K.)

US-Bürger lehnen Islam ab



Das Schweizer Fernsehen ist alarmiert. Immer mehr US-Bürger sehen den Islam negativ (38%) und nur 30% positiv. Wo die Medien sich doch so viel Mühe geben! Schließlich hat Terror im Namen des Islam nichts mit dem Islam zu tun. Und der real existierende Islam sowieso nicht.

Die Schweizer Tagesschau [berichtet](#):

Die US-Bürger stehen dem Islam laut einer Umfrage immer ablehnender gegenüber. 38 Prozent haben einer Erhebung zufolge dem muslimischen Glauben gegenüber eine negative Einstellung, 30 Prozent äusserten sich dagegen wohlwollend.

Vor fünf Jahren war es laut der Umfrage des Pew-Instituts noch umgekehrt (41 gegenüber 36 Prozent). Die negative Haltung gegenüber Muslimen überwog bei Anhängern der Republikanischen Partei und Wechselwählern. Lediglich bei den Demokraten überwog eine wohlwollende Einstellung.

Die Amerikaner sind laut Umfrage ausserdem mehrheitlich (42 Prozent) der Ansicht, dass der Islam nicht mehr als andere Religionen zu Gewalt verleite. Gegenteiliger Auffassung waren 35 Prozent. In dieser Einschätzung hat sich die Haltung der US-Bürger im vergangenen Jahr nicht geändert.

Da braucht es wohl noch einiges an Islamkunde!

Die Mehrheit der US-Bürger ist gegen den Plan, in der Nähe von Ground Zero in New York eine Moschee zu bauen. 51 Prozent lehnen das Vorhaben ab, 34 Prozent sind dafür. Generell sind sie aber der Ansicht, dass Muslime genau wie andere Glaubensgemeinschaften das Recht haben sollten, Versammlungshäuser zu bauen. 62 Prozent stimmten in der

Umfrage dieser Aussage zu, 25 Prozent sind gegen den Bau von Moscheen.

Na, da haben die Medien ja noch einiges zu tun.



Antisemitismus am Ground Zero



Auf einer Demo zur Unterstützung der Moschee am New Yorker Ground Zero am vergangenen Sonntag ereignete sich ein unschöner Zwischenfall, über den die linken Mainstream-Medien wohl kaum berichten werden. Wie der [Weekly Standard](#) berichtet, rief ein Hauptredner der Demo: „Wir werden nicht rumsitzen und zusehen, wie diese zionistischen Juden den Moscheebau stoppen!“

Weekly Standard-Reporter Daniel Halper schreibt:

Während der sonntäglichen Ground Zero Moschee Protesten sprach ich mit einem Mann, der mit den Gegendemonstranten zusammenstand – Joey „Boots“ Bassolino, direkt nachdem die

Polizei ihn aus der Menge gezogen hatte. Ich fragte, was geschehen sei. „Dort stand ein Typ auf, ein Pakistani, der sich selber als Pakistani ausgegeben hatte, und er sagte: ‚Wir werden dort nicht stehen und diese zionistischen Juden decken‘“, erzählte Bassolino, immer noch deutlich durchgeschüttelt.

„Und ich sagte so etwas wie, whoa, warte mal einen Moment. Was soll dieser Rassismus?“ Und sie erwiderten: ‚Was soll daran rassistisch sein?‘“ Der Typ hinter Bassolino schrie „Fi** Dich“, kam näher, griff nach dessen Kamera und schlug ihn. „Daraufhin trat ich ihm vor das Schienbein“, sagte Bassolino. Bassolino, ein behinderter U.S. Armee Veteran, behauptet, dass er ein objektiver Beobachter sei und sich in der Gruppe von Gegendemonstranten aufgehalten hatte, um „das Geschehen zu dokumentieren“. „Das sind Menschen, die angeblich gegen Rassismus protestieren, dennoch gibt es dort welche, die sich auf Seifenkisten stellen und ‚zionistische Juden‘ schreien. Was zum Teufel ist das denn? Für mich ist das Rassismus, Mann“, erklärte mir Bassolino.

Hier ist das Video, was Bassolino auf Youtube hochgeladen hat. Die Bemerkung über „jüdisches zionistisches Israel“ ist bei Minute 3:55 zu finden:

» Tagesspiegel: [Falsche Moschee am falschen Platz](#)

(Spürnase: LinksLiegenLassen)



Kernkraftwerk Buschehr in Betrieb

PI-Leser [waren schon vorgewarnt](#), jetzt erfährt es auch die Allgemeinheit: Das iranische Kernkraftwerk in Buschehr (*Foto*) ist soeben feierlich eröffnet worden und hat mit russischer Hilfe seine Arbeit aufgenommen. Da inzwischen die Kernbrennstäbe vor Ort sind, wäre eine Zerstörung der Anlage nur noch um den Preis einer radioaktiven Belastung der Umgebung möglich.

Die [WELT berichtet](#):

Für die Führung in Teheran ist der Start des Kraftwerks, dessen Bau vor mehr als 30 Jahren einst mit deutscher Hilfe begonnen hatte, ein wichtiges politisches Signal. An der feierlichen Eröffnung am Persischen Golf nahmen der iranische Atomchef Ali Akbar Salehi und der Leiter des russischen Atomkonzerns Rosatom, Sergej Kirijenko, teil. Der mit russischer Hilfe erbaute Leichtwasserreaktor soll im November ans Netz gehen und wird eine Maximalleistung von 1000 Megawatt erreichen.

„Heute ist ein besonderer Tag für Russland und den Iran. Auf den Fundamenten, die deutsche Ingenieure vor mehr als 30 Jahren zu legen begannen, haben Experten aus beiden Ländern ein einzigartiges Projekt geschaffen“, sagte Kirijenko. Er schloss einen möglichen Missbrauch der Brennstäbe zur Waffenproduktion aus.

„Alle Experten wissen, dass dies (wegen der ständigen Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA) nicht möglich ist.“ Noch in diesem Jahr soll die Anlage ans Netz gehen, sagte Kirijenko nach Angaben der Agentur Interfax. „Das iranische Volk habe lange auf diesen Tag gewartet. Er hat große symbolische Bedeutung.“

Auch Ali Akbar Salehi sprach von einem „historischen“ Tag. „Der Iran dankt Russland für die Mithilfe am Bau dieser Anlage und auch dafür, dass der Iran diese moderne Technologie nun nutzen kann. Damit hat sich Russland unauslöschbar in die Geschichtsbücher des Iran eingetragen.“

Der Reaktor soll zunächst mit Brennstäben von Russlands Atomkonzern Rosatom bestückt werden, dies dauert laut Moskauer Medien sieben bis zehn Tage. Die Brennstäbe waren bereits am Ort, aber versiegelt. Sie wurden nun bei der Eröffnung von Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA freigegeben.

Wie gefährlich ist der Reaktor in Bezug auf die Atombombenpläne des Iran? Solange der Iran sich an die Regeln hält, ist die Gefahr in der Tat gering. Uran ist nicht Uran, und das in Kernreaktoren verwendete Uran mit seinem hohen Anteil von U238 ist nicht kernwaffenfähig. Waffenfähiges Material entsteht allerdings während des Gebrauchs im Kraftwerk, wenn aus dem U238 durch Beschuss mit Neutronen Plutonium gebildet wird. Mit der Rücknahme der Brennelemente soll verhindert werden, dass der Iran dieses hochgefährliche Material „abzweigt“. Solange also alles ordnungsgemäß verläuft, bringt das Kernkraftwerk die militärischen Pläne nicht voran.

Die Frage ist, welche Möglichkeiten hat die internationale Gemeinschaft, wenn Unregelmäßigkeiten auftreten oder die Inspektoren wie bereits in der Vergangenheit geschehen, ausgesperrt werden? Vermutlich keine. Andererseits: Der Bau

einer Plutoniumbombe ist äußerst kompliziert und vermutlich mit den Kapazitäten des Iran kaum zu bewerkstelligen – was nicht heißt, dass nicht auch mit einer konventionellen „schmutzigen Bombe“ mit Plutonium durch einen Schurkenstaat oder Terrorgruppen katastrophaler Schaden angerichtet werden könnte. Sich hier lediglich auf Zusagen und einen Händedruck des Iran zu verlassen, ist eine sträfliche Gefährdung des Weltfriedens.

Grundsätzlich gilt: Für eine Plutoniumbombe ist es leicht, das Material zu gewinnen (bei vorhandenem Kraftwerk) aber die Konstruktion der Bombe ist höchst kompliziert. Bei einer Uranbombe ist es umgekehrt. Die Bombe selber kann jeder bauen, der auch ein Kanonenrohr zustande bringt, aber die Beschaffung des spaltbaren Materials ist schwierig. Denn hierzu muss man das natürliche Uran, das überwiegend aus dem Isotop 238 besteht, „anreichern“ um U235, das nur in Spuren enthalten ist, möglichst rein zu erhalten. Als Brennstoff für Kernkraftwerke ist dieses wiederum ungeeignet, weil es sofort zur Explosion führen würde. Und genau diese Anreicherung betreibt der Iran seit langem mit tausenden unterirdischen Zentrifugen in Natanz.

Es ist offensichtlich, dass das dort gewonnene Uran235 ausschließlich militärische Verwendung finden kann: Für den Bau einer einfachen Atomwaffe nach Art der Hiroshimabombe. Ist genug Material vorhanden, ist der Bau der Bombe kein technisches Problem mehr für den Iran. Ein vernichtenden Angriff auf Israel oder jedes andere Land in Reichweite iranischer Raketen oder Flugzeuge wäre dann jederzeit möglich.

» Mehr zum Thema: [Physics for future Presidents](#)



Mönchengladbach: Bürgerprotest hält an



Über 200 Menschen gingen am vergangenen Montag auf die Straße, um gegen die Pläne des vom Verfassungsschutz beobachteten radikal islamischen Vereins „Einladung zum Paradies e.V.“, im Mönchengladbacher Stadtteil Eicken eine Islamschule zu errichten, zu protestieren. Bei der insgesamt friedlich verlaufenen Demonstration kam es immer wieder zu teils hitzigen Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern der Islamschule.

Dabei versuchte insbesondere der Leiter der Islamschule, Muhamed Ciftci, der mit Äußerungen wie „Steinigung ist gerechtfertigt“ und „alles, was im Koran steht und uns vom Propheten überbracht wurde, [ist] gerecht und vernünftig“ in Erscheinung tritt, den Protest als grundlose „Islamhetze“ darzustellen.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“, der die umstrittene

Islamschule in Mönchengladbach bauen will, sei in der Vergangenheit Anziehungspunkt für salafistisch orientierte Islamisten gewesen, erklärte die Leiterin des Verfassungsschutzes in NRW, Mathilde Koller.

Salafismus ist nach Angaben des Verfassungsschutzes eine islamistische Strömung, die die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich ablehnt. Sie verlangt von Muslimen, sich in Glauben, religiöser Praxis und Lebensführung, also auch in gesellschaftlichen und politischen Fragen, ausschließlich an den Prinzipien von Koran und Sunna („Prophetentraditionen“) auszurichten.

Prinzipien, die z.B. in Sure 2, 191 des Koran unmissverständlich festgeschrieben sind:

„Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie von dort, von wo sie euch vertrieben; denn Verfolgung ist ärger als Totschlag. Bekämpft sie aber nicht bei der Heiligen Moschee, solange sie euch dort nicht angreifen. Doch wenn sie euch angreifen, dann kämpft wider sie; das ist die Vergeltung für die Ungläubigen.“

Im Internet sind inzwischen zwei Videobotschaften aufgetaucht, in denen jene Journalisten als „Lügner“ beschimpft und als „Terroristen“ verunglimpft werden, die in den vergangenen Tagen über die geplante Islamschule der islamistischen Salafisten in Mönchengladbach berichtet hatten.

NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) ist ebenfalls gegen den Bau der umstrittenen Islamschule in Mönchengladbach. Bei den Salafisten handle es sich um eine extremistische Gruppierung, die möglicherweise auch militante Züge habe. Der SPD-Politiker nannte vor allem das Frauenbild „erschreckend“. Unterstützung erhält die Islamistenschule von der Partei DIE LINKE. Offenbar haben verfassungsfeindlich eingestellte Gruppierungen untereinander keine Berührungspunkte.

Während der Montagsdemo hat sich eine Bürgerbewegung von Anwohnern gegründet, die den Protest gegen den Verein „Einladung zum Paradies e.V.“ weiter vor Ort betreiben werden. Wer die Anwohner unterstützen möchte, ist eingeladen, sich an den Aktionen der Bürgerbewegung zu beteiligen. Wann und wo der Protest weitergeht, erfährt man am besten über die Kommentarseiten von RP-Online.de (Mönchengladbach). Die Vereinnahmung des Protestes durch politische Parteien oder Extremisten – gleich welcher Art – ist von der Bürgerbewegung ausdrücklich nicht gewünscht. Das wäre auch kontraproduktiv, denn nur zu gern werden friedliche und normale Bürger von den „Qualitätsmedien“ in die rechte Ecke gedrückt, wenn sie gegen gewaltbereite Islamisten protestieren.

Pro-NRW hatte angekündigt, sich unabhängig von der Mönchengladbacher Bürgerbewegung mit islamkritischen Demonstrationen am Protest zu beteiligen.

Video des Bürgerprotestes vom Montag:

PI-Beiträge zum Thema:

- » [Journalisten fühlen sich bedroht](#)
- » [Mönchengladbach: Salafisten geben sich empört](#)
- » [Mönchengladbach: Protest gegen Salafistenschule](#)

Rheinische Post-Artikel zum Thema:

- » [Bürgerbewegung: Weitere Aktionen geplant](#)
- » [Kampagne der Salafisten gegen Reporter](#)
- » [Ciftci: Steinigung ist gerechtfertigt](#)
- » [Protest in Mönchengladbach geht weiter](#)
- » [LINKE verteidigt Islamistenschule in Mönchengladbach](#)
- » [Prostest gegen Islamschule: Eickener lassen Pro NRW abblitzen](#)



Richter verurteilt zu Querschnittslähmung

✘ Mit dem Islam ist es eine seltsame Sache. Wer nach eigenen Angaben wenig darüber weiß, wie fast alle deutschen Politiker, ist fest davon überzeugt, dass es sich um eine tolerante Religion des Friedens handle, die nur von einer Minderheit missverstanden und zur Begründung maßloser Grausamkeit missbraucht würde. Aber je mehr man den Islam studiert, wie etwa die islamischen Rechtsgelehrten in Saudi-Arabien oder die Mullahs im Iran, desto mehr missversteht man die Lehre des friedlichen Kriegsherren Mohammed.

So jetzt auch ein Richter in Saudi-Arabien, der dringend einen Arzt sucht, der einem Deliquenten das Rückenmark verletzt, um diesen zu lähmen. Der [Tagesanzeiger berichtet](#):

Ein Richter in Saudiarabien sucht laut Medienberichten nach einem Weg, einen Verurteilten lähmen zu lassen. Und hat dazu Experten befragt.

Das Gericht in der nordwestlichen Provinz Tabuk habe mehrere Krankenhäuser gefragt, ob sie das Rückenmark des Mann operativ beschädigen könnten, damit dieser eine Querschnittslähmung erleide, berichteten mindestens zwei saudiarabische Medien am Donnerstag. Der Verurteilte wurde schuldig gesprochen, einen anderen Mann mit einem Beil


angegriffen und ihn dabei gelähmt zu haben.

Nachdem bereits ein Krankenhaus in der Hauptstadt Riad abgelehnt hat, empfehlen wir dem frommen Richter, sich an die „Ärzte ohne Grenzen“ zu wenden. Wer aus kultureller Sensibilität [Frauen lieber sterben lässt](#), als an den patriarchalen Besitzverhältnissen an Menschen in islamischen Ländern zu rütteln, ist sicher auch bereit, mit einer solchen unorthodoxen Operation zur Versöhnung der Kulturen beizutragen.

(Foto: Besucher aus aller Welt huldigen der weisen Führung Saudi-Arabiens)



Buch über Ausländergewalt in Deutschland

 Während in den Zeitungen, im Internet und im Fernsehen noch immer die Geschichte von der „Bereicherung durch Zuwanderung“ erzählt wird, scheinen zwei Autoren die Nase voll zu haben: Michael Paulwitz und Götz Kubitschek arbeiten an einem mutigen Buch, das im Herbst erscheinen wird. Es heißt „Deutsche Opfer, fremde Täter“ und hat die Gewalt von Ausländern gegen Deutsche zum Thema.

Neben einem Theorieteil über die Entwicklung und die Hintergründe der Gewalt gegen deutsche Jugendliche, Polizisten usf. gibt es in dem Buch eine Chronik mit hunderten Fällen von 2000 bis 2010. Mit Sicherheit stützen sich die Autoren auch auf die Vorarbeit, die hier bei PI gemacht wird.

In der [Verlagsankündigung](#) heißt es:

In vielen westdeutschen Städten gibt es Viertel mit hohem Ausländeranteil. Deutsche Jugendliche sind dort bereits in der Minderheit und sehen sich einer Alltagsaggressivität ausgesetzt, die an Intensität und Brutalität ein erträgliches Maß längst gesprengt hat.

Jüngst hat die Fernsehdokumentation „Kampf im Klassenzimmer“ (2010) das Ausmaß angedeutet und gezeigt: Es handelt sich nicht um ein Integrationsproblem, das rasch beseitigt werden könnte. Deutsche geraten im eigenen Land in die Minderheit und werden ihrerseits von einer dynamischen, aggressiven Mehrheit vor die Wahl gestellt, sich entweder anzupassen, das Viertel zu verlassen – oder als „Opfer“, „Scheiß-Deutscher“, „deutsche Schlampe“ den täglichen Spießbrutenlauf anzutreten.

Gewalt gegen Deutsche ist ein Problem, von dem fast jeder weiß, über das aber fast niemand öffentlich spricht. So bleiben die Opfer ungeschützt im eigenen Land: Deutsche als Opfer haben keine Lobby unter ihren in der Medienbranche und in der Politik tätigen Landsleute. Das Totschweigen und Verharmlosen der Vorgänge verschärft die Lage und verzerrt die Wirklichkeit. Selbst Staatsorgane wie die Polizei haben ihr Gewaltmonopol teilweise aufgeben müssen oder können es nur unter Aufbietung aller Kräfte durchsetzen.

Deutsche Opfer, fremde Täter zeigt die Hintergründe und das Ausmaß einer katastrophalen Entwicklung auf. Die Autoren widersprechen der Theorie, daß es sich bei der Gewalt junger Ausländer gegen Deutsche um ein soziales Problem handle. Deutschland steht vielmehr eine ethnisch-kulturelle Auseinandersetzung großen Ausmaßes gegenüber. Wie weit dieser mittlerweile nicht mehr „stille Vorbürgerkrieg“ gediehen ist, zeigt eine Chronik, die hunderte Fälle aus den Jahren 2000 bis 2010 versammelt und mit Hilfe der Fundstellennachweise nachvollziehbar macht.

Das Buch (200 Seiten, 19 Euro) kann man jetzt schon bei [amazon](#) oder [direkt beim Verlag](#) (Email: redaktion@sezession.de) vorbestellen.

Israels Luftwaffe wird unsichtbar



Israels Luftwaffe wird unsichtbar – jedenfalls für das Radar ihrer Feinde. Verteidigungsminister Ehud Barak genehmigte den Kauf von 20 Kampfflugzeugen in Tarnkappentechnologie.

[20 Minuten Schweiz berichtet:](#)

Verteidigungsminister Ehud Barak habe dem Erwerb der Kampfflugzeuge in Höhe von vier Milliarden Dollar (3,1 Milliarden Euro) zugestimmt, teilte sein Büro am Sonntag mit. Militärangaben zufolge will Israel etwa 20 Tarnkappenbomber vom Typ F-35I des US-Konzerns Lockheed Martin kaufen. Sie sollen demnach mit US-Militärhilfe finanziert werden.

In einer Stellungnahme erklärte Barak am Sonntag, das Kampfflugzeug werde es Israel ermöglichen, seine Luftvorherrschaft zu behalten. Die Maschine F-35I wird vom gegnerischen Radar nicht entdeckt. Wie Beobachter sagen, könnten die Tarnkappenbomber Israel dabei helfen, iranische

Atomanlagen anzugreifen.

Für einen Angriff auf den iranischen Kernreaktor Buscher, der zu einem wichtigen Glied der iranischen atomaren Bewaffnung werden könnte, dürften die Flieger aber zu spät kommen. Medienberichten zufolge soll der baulich fertiggestellte Reaktor überraschend bereits Ende August mit russischer Hilfe mit Brennstäben bestückt werden und seine Arbeit aufnehmen. Das Zeitfenster für eine Zerstörung des Baus ohne die Gefahr der Freisetzung großer Mengen radioaktiven Materials ist zu diesem Termin geschlossen.

Bolz fordert Mut von der politischen Rechten



[„Politische Rechte steht für Bürgerlichkeit“](#), überschreibt der Berliner Professor für Medienwissenschaften, Norbert Bolz, seinen Gastkommentar im Tagesspiegel. Er zeigt darin auf, dass der „Kampf gegen Rechts“ zu einer Denkblockade geführt hat und fordert die „anspruchsvolle politische Rechte“ dazu auf, zu sagen, was die Politische Korrektheit zu sagen verbietet. Sie solle ausrufen: „Ich bin konservativ – und das ist gut so!“

Auszug:

Im politischen Spektrum Deutschlands gibt es seit den Tagen des schwarzen Riesen Helmut Kohl ein Vakuum auf der Rechten. Angela Merkel hat aus der CDU endgültig eine sozialdemokratische Partei gemacht. Das bezeugt nicht nur seit Jahren die Krise der SPD, sondern neuerdings auch der spektakuläre Rückzug konservativer CDU-Fürsten aus der politischen Verantwortung. Die vernünftige Anpassung der SPD an die moderne, globalisierte Welt hat zur Abspaltung der „Linken“ geführt, die dem Ressentiment der Zukurzgekommenen und DDR-Bonzen den Sozialismus von vorgestern als Patentrezept anbietet. Könnte die Anpassung der CDU an den sozialdemokratischen Zeitgeist heute nicht auch zur Abspaltung einer „Rechten“ führen, die den Erfolgreichen, denen man bisher erfolglos den Namen „Leistungsträger“ angedient hat, eine neue geistige, nämlich konservative Heimat anbietet?

Das größte Potenzial für eine rechte Partei steckt natürlich in den frustrierten Unionswählern. Die Werte, um die es hier geht, lassen sich genau benennen. Die Rechte ist gegen den Paternalismus des vorsorgenden Sozialstaates, für mehr Selbstverantwortung und den unzweideutigen Schutz des Eigentums. Die Rechte ist für einen fröhlichen Patriotismus und eine christliche Leitkultur. Die Rechte hält am Vorrang der traditionellen Familie und an einem mehrgliedrigen Bildungssystem fest. Mit einem Wort: Die politische Rechte steht für Bürgerlichkeit. Wenn es ihr gelingen sollte, sich als Partei zu formieren, wäre unsere Gesellschaft endlich auch parlamentarisch balanciert. Die neue politische Struktur würde dann so aussehen: Linke-SPD- Grüne-FDP-CDU-Rechte.

Die erste Aufgabe einer anspruchsvollen politischen Rechten wäre, zu sagen, was die Politische Korrektheit der Medienlinken zu sagen verbietet. Mehr noch als Ideen braucht man dazu Mut, denn in unserer Öffentlichkeit herrscht keine Waffengleichheit. Die Medienlinke hofiert die Linken und

denunziert die Rechten. Auf der Kommunistischen Plattform darf man fröhlich tanzen. Aber wehe, wenn man der „Jungen Freiheit“ ein Interview gibt. Gerechtfertigt wird das mit der alten deutschen Selbstverständlichkeit, das Herz schlage links und der Geist wehe links.

Viele Akademiker, Journalisten und Intellektuelle sind aber gar nicht links, sondern maskieren sich nur so, um in ihren Institutionen überleben zu können. Wer einen „rechten“ Satz sagt oder schreibt, bekommt viel Zustimmung – hinter vorgehaltener Hand. Das ist das Sarrazin-Syndrom: Du hast ja recht, aber das kann man doch nicht sagen ... Hier zeigt sich besonders deutlich, dass sich der nachträgliche Kampf gegen die Nazis in den letzten fünfzig Jahren zu unserer größten Denkblockade entwickelt hat. Sie besteht in der grotesken Gleichung: konservativ=reaktionär=faschistisch. Diese Keule schwebt über jedem, der versucht, sich seines eigenen Verstandes ohne Anleitung der Gutmenschen zu bedienen.

Ob Bolz mit seiner Einschätzung, viele Journalisten und(!) Intellektuelle gäben sich nur zum Schein links und würden heimlich „rechten“ Äußerungen zustimmen, richtig liegt, darf angezweifelt werden. Aber dass es das von ihm so genannte Sarrazin-Syndrom der nichtöffentlichen Zustimmung gibt, ist zweifellos richtig. Bolz fordert zum notwendigen Mut auf, sich zu seinen konservativen Werten und Sichtweisen zu bekennen. Courage, die nötig ist, wird doch – wie Bolz richtig feststellt – die Linke hofiert und die Rechte denunziert. Bolz hat nicht nur in vielem Recht, sein Artikel zeigt zugleich auf, dass der Wind sich langsam dreht.

» PI v.18.3.08: [Hans-Olaf Henkel: „Kampf gegen Rechts“ ist Kampf gegen das Bürgertum](#)

FAZ für Ground Zero Moschee



Peter Hammel (Foto), der unter dem Pseudonym Jordan Mejias (J.M.) für die FAZ als Kulturkorrespondent in den USA tätig ist, [empört sich](#) in bekannter Manier der Mainstream Medien über die Auseinandersetzungen zum geplanten Moscheebau am Ground Zero, aber auch in den USA allgemein. Aber Hammels Artikel hat etwas besonderes, er ist in einem Teil zum Brüllen komisch – wenn auch ungewollt.

Zunächst einmal ist Hammel alias Mejias recht zu geben, wenn er meint, so mancher Kritiker des Moscheebaus am Ground Zero wolle grundsätzlich keine Moschee haben. Was der Kulturkorrespondent übersieht, ist, dass umgekehrt auch ein Schuh daraus wird. Denn so mancher Kritiker, der zunächst ausschließlich gegen die Moschee am Ground Zero ist, dürfte zu einem Kritiker des Islam an sich werden. Wie alle Islamkritiker ein Ereignis nennen können, das sie dazu veranlasste, sich eingehend mit dem Islam auseinanderzusetzen, so wird für viele dieses Vorhaben der auslösende Moment sein.

Viele, die zunächst einmal dem Islam neutral bis gleichgültig gegenüber stehen, werden aufgrund des gewählten Bauplatzes für die Ground Zero-Moschee sich erstmals überhaupt kritische Gedanken zu einer „Religion“ machen, die auf den Grabhügeln ihrer Opfer als Geste des Triumphs ein Symbol ihres Eroberungsdranges errichtet. Anders als wohl Hammel, der mit keinem Wort darauf eingeht, warum der Imam vom Ground Zero denn nun ausgerechnet dort seinen Mega Moscheebau errichten

will, werden von der tieferen Absicht, die dahinter steckt, nun noch überzeugter sein. Jetzt, da der Imam ein Angebot des Gouverneurs von New York, David Paterson, ihm ein Grundstück der öffentlichen Hand in New York zur Verfügung zu stellen, das weiter von Ground Zero entfernt ist, ablehnte. Paterson deutete an, der Imam habe ihn noch nicht einmal zugehört.

Dass sich zu denen, die (zunächst) einmal nur gegen den gewählten Bauplatz für die Moschee sind, auch noch die zum gemeinsamen Protest gesellen, die dem Islam grundsätzlich ablehnd gegenüber stehen, mag Hammel bedauern. Aber er sollte sich zumindest überlegen, durch wen die Ursache für Anwachsen der Anzahl der Islamkritiker gesetzt wurde.

Möglicherweise auch durch solche Gutmenschen wie den Sprecher des State Departement in dem obigen Video, der auf die Frage, ob der Imam die vom Steuerzahler spendierte Reise ([PI berichtete](#)) nicht dazu benutzen könnte, eine Geldsammeltour für sein Projekt zu machen, anstatt für den American way of Life zu werben, sagt: Das verstieße gegen unsere Regeln! Außerdem bezeichnet er den Imam vom Ground Zero als einen [„Moderaten“](#)!

Hammel kümmert sich um solche Details nicht, sondern ereifert sich lieber darüber, dass die „erkonservative“ Bloggerin Pamela Geller die „hetzerische Kampagne“ anführe. Für Hammel ist nicht das Argument, das zählt, sondern er zeigt nur auf, wer die Moscheegegner seiner Meinung nach sind. In seinem Weltbild ist dies schon genug, um zu dokumentieren, dass diese falsch liegen müssen:

Und in anderen, viel drastischeren Worten wollen sie genau das wissen, die evangelikalen Christen und politischen Extremisten und opportunistischen Wahlkämpfer und selbsternannten Patrioten, die gegen den Moscheebau derart lautstark Stimmung machen. „Moscheen sind Monumente des Terrorismus“, steht auf den Schildern, die sie am Straßenrand

hochheben, und: „Stop Islam“.

Es ist nicht ganz klar, wie außer durch Selbsternennung man zum Patriot wird. Aber Hammel als Kulturkorrespondent der FAZ weiß möglicherweise von einem Kurs der Volkshochschule seiner Residenzstadt New York, der zwingend notwendig absolviert werden muss, bevor man sich „Patriot“ nennen darf. Und völlig unverdient ist natürlich der Vorwurf, Moscheen seien Monumente des Terrorismus. Weiß doch jeder, dass manche der Attentäter des 11. September sich regelmäßig in der vor wenigen Tagen (endlich!) [geschlossenen Moschee in Hamburg](#) trafen und dort von dem Imam händeringend gebeten wurden, von ihrem Vorhaben abzulassen. Sollte also Hammel der Meinung sein, das Attentat sei trotz des Besuchs der Moschee ausgeführt worden?

Die Zeiten, als Verkehrsprobleme, der Mangel an Parkplätzen und die potentielle Störung der Stadt- und Vorstadtruhe zu den beliebten Einwänden gehörten, sind vorbei. Muslime werden offen angefeindet, ihnen wird vorgeworfen, Amerika zu unterwandern und in eine Nation verwandeln zu wollen, in der die Scharia die Verfassung außer Kraft setzt. [...] Demonstranten und ihre Hunde, die sie einfühlsam mitgebracht haben, weil Muslime in ihnen unsaubere Tiere sehen, mögen sich mit doppelt so vielen Gegendemonstranten vor allem Schreigefechte liefern. Aber allein dass es dazu kommt, ist für viele Amerikaner eine verstörende Erfahrung.

Das ist natürlich eine Provokation, zu einer Demonstration Hunde mitzubringen. Möglicherweise hat sich der ein oder andere der „Hetzer“ eigens einen Hund angeschafft, nur um die Muslime zu beleidigen. Es wäre allerdings auch im Bereich des Möglichen, dass der ein oder andere so auf einen Fakt aufmerksam machen wollte: Muslime verlangen anderen einen Lebensstil ab, der sie nicht beleidigt. Und so möchte der ein oder andere selbsternannte amerikanische Patriot nicht

abwarten, bis ihm sein Lebensstil streitig gemacht wird, in dem ihm das Leben mit Hund erschwert wird, weil es eine „Beleidigung“ der Muslime darstellt, so wie das in Großbritannien schon der Fall ist.

Natürlich kämpfen Wissenschaftler auf verlorenem Posten, wenn sie mit Argumenten die Wogen glätten wollen, also etwa die Ergebnisse einer an der Duke University und der University of Carolina durchgeführten Studie vorlegen, nach denen die Gründung von Moscheen in Amerika als gezielte Schwächung des militanten Islam zu begreifen sei.

Nur mehr Islam verhindert Islamismus, der wiederum nichts mit dem Islam zu tun hat. Sollte das das „Argument“ sein? Zumindest hat Hammel das, was dem Islam vollkommen fehlt: Humor!

Mönchengladbach: Salafisten geben sich empört



Am Dienstag waren in Mönchengladbach um die 30 Bürger einem Internetaufruf zum Protest gegen die salafistische Islamschule gefolgt ([PI berichtete](#)). Dieser löste nun bei der Moscheegemeinde, die

„zum Paradies einlädt“, eine heftige Reaktion aus. Sie gibt sich empört und befürchtet angeblich Gefahr für Leib und Leben der Gemeindemitglieder. Derweil berichtet ein Aussteiger aus der Mönchengladbacher Islamszene, welche paradisischen Zustände einen erwarten, wenn man der Einladung von Pierre Vogel und seinen Dschihad-Gefährten folgt.

Die drei Hauptakteure des saudisch bzw. wahhabitisch beeinflussten deutschen Ablegers der Salafiyya-Bewegung sind spätestens seit der Beschlagnahmung ihrer Schriften im Januar 2010 keine Unbekannten mehr. Es sind die Prediger Mohammed Ciftci (Braunschweig), Pierre Vogel (Köln) und Sven Lau (Mönchengladbach). Ihr regelmäßig verwendeter Kampagnen- oder Vereinsname lautet „Einladung zum Paradies“ (as-Sunnah-Moschee, Masjid as-Sunnah, Eickener Straße).

☒ Von der Moscheegemeinde wird nun in der Folge des spontanen Protestes besorgter Bürger ein Flugblatt ([hier das Original](#)) verteilt, in dem ganz gendergerecht ein/e „muslimische/r Bewohner/in in Mönchengladbach“ hochachtungsvoll dem Oberbürgermeister und dem Polizeipräsidium kundtut, wie sehr man sich über die „Anti-Islam-Hetze der letzten Tage“ durch „Aussagen der Medien, Institutionen, Behörden sowie Einzelpersonen des gesellschaftlichen und politischen Lebens“ empöre. Und dies nur, weil die Islamschule von Braunschweig nach Mönchengladbach ~~eine Hidschra vollziehe~~ umziehe.

Als muslimische Gemeinschaft, so weiter im Flugblatt, stelle man einen Teil der hiesigen Gesellschaft dar. Man „achte die Gesetze, aber(!) bestehe zugleich auf seinen Grundrechten und wolle doch nur in Frieden und gegenseitiger Toleranz leben und leben lassen“.

Ein wenig anders hat dies allerdings der [Islamaussteiger \(Apostat\) Frank N.](#) erlebt, der in ebenjener Moschee vor drei Jahren zum Islam konvertierte, in die nun die Islamschule nach ihrem Umzug von Braunschweig nach Mönchengladbach untergebracht werden soll. Nachdem er ausgezogen war, mit

Vorurteilen gegenüber dem Islam aufzuräumen, sei er in dieser Gemeinschaft gelandet. Dort hätten ihn nach seiner Konversion alle umarmt, er sei nun rein von allen Sünden, so sagte man ihm. Doch von der Sünde, den eigenen Verstand zu gebrauchen, ist Frank N. nicht abzubringen, so dass er heute über diese Moscheegemeinde sagt, sie vertrete einen Steinzeitislam. Bis er allerdings der Gemeinde (geistig) den Rücken und zum Katholizismus zurück kehrt, ist es ein weiter Weg und war auch nicht vorgezeichnet. Denn er wäre durch „die Gehirnwäsche beinahe(!) Islamist geworden“.

Die Moscheegemeinde beklagt sich derweil in ihrem Flugblatt, es würde der Bevölkerung durch Verbreitung von Lügen ein „absolut verzerrtes Bild von ihr und ihrer Religion präsentiert“. Man verbinde sie mit Terror, Unterdrückung der Frau, mit Ehrenmord sowie mit dem Hass gegenüber Andersgläubigen. Dabei gehöre es aber zu den Grundlagen ihrer Religion, seine Mitmenschen zu achten und zu respektieren, egal welcher Kultur oder Religion diese angehören mögen.

Daran hat Frank N. – und wohl nicht alleine – leichte Zweifel, die auch von dem Auseinanderfallen der öffentlich und der nichtöffentlich gemachten Äußerungen genährt wurden. So teilte er der Rheinischen Post mit:

Die strikte Trennung von Männern und Frauen in Moscheen findet er geradezu harmlos gegenüber der Aussage des bekannten Islampredigers Ibrahim Abu Nagi. Dieser soll sich in einem Vortrag in einer Moschee, den auch Frank N. besuchte, für die Steinigung von unzüchtigen Frauen ausgesprochen haben. In der Zuhörerschaft habe damals niemand öffentlich protestiert, „nur eine anwesende christliche Jugendorganisation äußerte später vor der Moschee ihr Entsetzen“, berichtet der Familienvater.

Das passt so gar nicht zu der Aussage im Flugblatt, die damit fortfährt, man verabscheue Terror in allen Formen und spreche

sich ausdrücklich frei von Ehrenmord, der [Unterdrückung der Frau](#) sowie der Legitimation von Gewalt. Denn so wie alle anderen Mitbürger seien auch sie gewillt, die Gesetze der Bundesrepublik einzuhalten und sich entsprechend der gesetzlichen Richtlinien zu benehmen.

Frank N. hörte da anderes:

Er hört später noch öfter, wie alles Westliche verteufelt wird: der Staat, die Gesellschaft, Wahlen. Frank N.: „Dabei äußern sie sich meistens in einer Weise, die juristisch nicht angreifbar ist, wie zum Beispiel ‚Viele große Gelehrte sagen, dass Wahlen unislamisch sind‘.“ Unter sich drückten sich viele deutlicher aus: „Wenn der Islam in Deutschland herrschen würde, gäbe es all die schlimmen Dinge nicht mehr: keinen Alkohol, keine Diskotheken, keinen Sex im Fernsehen . . .“ Frank N.: „Das Unglück auf der Loveparade sehen einige von ihnen beispielsweise als gerechte Strafe für unsere verkommene Gesellschaft.“

Diese „verkommene Gesellschaft“ ist es, die man unter Verkehrung der tatsächlichen Gegebenheiten, auffordert, diese „Lügenmaschinerie gegen die Muslime“ zu unterbinden und alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, anstatt mit offenen Augen dieser Aufstachelung zuzusehen.

Propagandistisch sehr geschickt, was nicht weiter überrascht:

Trotz der strengen, überholten und oft auch gefährlichen Ansichten gelinge es immer wieder, Menschen zum Übertritt zum Islam zu bewegen. Auch der Deutsche Pierre Vogel, der häufig in der Mönchengladbacher Moschee predigt, gilt laut Frank N. für viele als Vorbild. Im Gegensatz zu den Hodschas, die oft aus der Türkei eingeflogen werden und kaum Deutsch verstehen, erreiche Vogel vor allem die Jugendlichen. „Er spricht ihre Sprache“, sagt Frank N. Den jungen Leuten werde das Gefühl vermittelt, dass sie als „echte Muslime“ zu den Auserwählten gehören. „Vor allem bei Jungen, die in der Schule und auch

sonst wenig auf die Reihe bringen, kommt das gut an“, sagt der Familienvater.

Gewalt werde nicht ausgeübt, „sie beeinflussen die Jugendlichen subtil, meist unbemerkt“, berichtet Frank N. Jede Kritik werde unterdrückt. Auch der Familienvater hörte immer wieder: „Du denkst zu viel, Bruder, schalte deinen Verstand aus und folge dem heiligen Buch des Islam.“

Das Flugblatt bringt hingegen zum Ausdruck, dass es – wenn die [„Hetze nicht endlich ein Ende finden sollte“](#) – zu gravierenden Überfällen auf ihr Leben, ihr Eigentum und ihre Freiheit geben werde. Sie seien friedliche Menschen und hätten das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben.

Wegen dieser Friedfertigkeit muss sich Frank N. derweil Gedanken um seine Sicherheit machen – wie dies auch viele andere Apostaten vom Islam machen müssen. Denn es gibt nur eine Seite, von der bislang Gefahr für andere ausgeht.

„Ich glaube zwar nicht, dass sie mich umbringen würden, aber Schikanen befürchte ich schon“, sagt der Niederrheiner.

Frank N. jedenfalls scheint kein „Hetzer“ zu sein:

Der Familienvater lernte auch liberale Muslime kennen. „Viele von ihnen sind auch heute noch meine Freunde.“ Doch Frank N. glaubt, dass die Aufgeklärten immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden. In manchen Moscheen seien die Tage der offenen Tür nur noch ein Schaulaufen. „Eigentlich will man unter sich bleiben.“

Trotz seiner schlechten Erfahrungen will Frank N. den islamischen Glauben nicht schlecht machen. Er hofft immer noch auf gelungene Integration.

An der gelingenden Integration – zumindest der Islamschule – zweifelt jedoch weiterhin so mancher Bürger. Und so wird es

wohl zu [weiteren Demonstrationen kommen](#). Die nächste soll am kommenden Montag stattfinden.

Über den ersten Protest berichtet auch das Mönchengladbacher Stadtfernsehen „CityVision“:

Allerdings hat sich die Redaktion innerhalb der ansonsten fairen Berichterstattung in Bezug auf die Bürgerbewegung Pax Europa wohl auf die Recherche bei Wikipedia beschränkt – was möglicherweise auch der Eile zuzuschreiben ist. Eine (telefonische) [Anfrage](#) bezüglich der im Bericht kolportierten Vorwürfe ist weder bei der Bundesgeschäftsstelle noch beim Bundesvorsitzenden und auch nicht beim Landesverband NRW eingegangen, wie PI auf Anfrage mitgeteilt wurde.

Zur Erinnerung: Die Bürgerbewegung Pax Europa ist als gemeinnützige privatrechtliche Körperschaft anerkannt und als Menschenrechtsorganisation Mitglied der Lobbyliste im Deutschen Bundestag sowie als Non-Governmental Organization (NGO) bei der OSZE vertreten. Welche Positionen sie dabei einnimmt, die mit den Vorwürfen in Übereinstimmung zu bringen wären, wird nicht mitgeteilt. Aber möglicherweise hat die Redaktion registriert, dass die Vorwürfe nicht haltbar sind. Schließlich merkt sie in ihrem Artikel über die künftigen Demonstrationen an:

In Eicken wird befürchtet, dass die Islamschule und der Protest dagegen auch Gruppen aus dem rechts-radikalen Lager anziehen könnten. Das möchten die meisten verhindern. „Auch aus diesem Grund sollten Demonstrationen dringend angemeldet werden“, sagt Polizeisprecher Spiertz.

Wenn jetzt wieder reflexhaft in das Muster „Islamkritik = Rechtsradikalismus“ verfallen wird, werden möglicherweise besorgte Bürger durch diese „Keule“ davon abhalten, ihre Kritik, Sorgen und Anliegen in einem demokratischen Wege zu artikulieren. Wegschauen ist jedoch keine Bürgerpflicht –

vielmehr wird immer das Gegenteil behauptet.

(Videobearbeitung: Antivirus)

Burkaverbot: FDP-Politiker widerspricht Bosbach



Der muslimische FDP-Politiker Serkan Tören (Foto) fordert in einem [WELT-Kommentar](#) erschienen ist, das Verbot der Burka. Er argumentiert – ebenso wie der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Bosbach – mit der Verfassung, kommt aber zu einem anderen Ergebnis. Dies ist der Tatsache zu verdanken, dass er [im Gegensatz zu Bosbach](#) nicht glaubt, die [Religionsfreiheit](#) überstrahle alle anderen Verfassungswerte.

Was über das Burkaverbot hinaus noch dazu beitragen könnte, dass ein grundgesetzkompatibler Islam verwirklicht werden kann, wird in dem Kommentar durch Serkan Tören, der Mitglied des Innen- und Menschenrechtsausschusses des Bundestages ist, nicht erläutert. Die Burka ist letztlich nur das Symbol für die im Islam verwurzelte Geisteshaltung. Wenn aber die Burka aus Sicht des FDP-Politikers gegen die Menschenwürde verstößt, was macht dies dann mit den Inhalten der Lehre, deretwegen die Burka getragen wird?

Auch wenn man Tören, der sich eindeutig gegen die [„Medieninitiative“ der niedersächsischen Ministerin Aygül Özkan](#) aussprach, dieses Ziel gerne abnimmt, so sollte er deutlich konkreter formulieren, wie dieser moderne Islam denn aussehen und vor allem, wie er erreicht werden soll. Aber so bleibt neben der Forderung nach einem Burkaverbot nur die im luftleeren Raum dahinschwebende Behauptung des Autors:

Muslimen können und müssen eine Bereicherung für unsere deutsche Gesellschaft darstellen, die vom demokratischen und religiösen Pluralismus lebt.

Das ist zu wenig für einen Kommentar, der unter der Schlagzeile „Für einen modernen Islam“ erscheint.

Der WDR klärt auf



Am letzten Sonntag widmete sich Kai Adler in der WDR 3-Radiosendung [„Lebenszeichen“](#) der Frage, ob es in Deutschland Islamophobie und damit eine unbegründete Furcht vor dem Islam gebe. Höchste Zeit für den WDR, das – so der Ankündigungstext – „aufzuklären“. Wer jedoch auf den ebenfalls den Hörern angesagten Streit gewartet hatte, sah sich getäuscht. Kontroverse ist zwischen den üblichen Verdächtigen auch gar

nicht zu erwarten.

Der [Ankündigungstext des WDR](#) gibt bereits die Richtung vor:

***Zwischen Angst und Aggression
Islamophobie in Deutschland?***

*Muslime in Deutschland
Eine Sendung von Kai Adler*

Auf einem Dresdner Spielplatz wird eine Frau mit Kopftuch als „Terroristin“ und „Islamistin“ beschimpft. Sie erstattet Anzeige. Als der Mann wegen dieser Beleidigungen vor Gericht steht, ersticht er die Frau. In ihrer Heimat Ägypten und in anderen islamischen Ländern löst der Mord große Empörung aus. Der Fall von Dresden – die Tat eines rassistischen Außenseiters? Oder das erste Todesopfer einer weit verbreiteten Islamfeindlichkeit in Deutschland, wie Muslime sie beklagen? Ist Islamophobie ein neues gesellschaftliches Phänomen oder ein Kampfbegriff? Worauf gründet die Angst vor dem Islam und die Ablehnung von Muslimen, wie äußert sie sich im Alltag? Und wo verläuft die Grenze zu berechtigter Kritik? Muslime, Wissenschaftler und politische Aktivisten berichten, streiten, klären auf.

Gleich zu Anfang wird die Rede einer Muslima eingeblendet, die auf einer Berliner Demonstration beklagt, seit über 70 Jahren würden die Muslime die Forderung nach ihrer Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer hören, da Deutschland nur für die Deutschen sei.

Seit über 70 Jahren? Also noch vor 1940? Wir wissen nicht, auf was sich die junge Muslima da bezieht, aber die Anwerbung [türkischer Arbeitskräfte erfolgte erst nach dem entsprechenden Abkommen mit der Türkei vom 31. Oktober 1961](#). Der Wille zur Aufklärung scheint beim WDR – trotz der Ankündigung zu dieser Sendung – nicht allzu groß. Vielmehr lässt man die „Gastarbeitermär“ im Gewand des „schon seit 70 Jahren“ auf den

Zuhörer niederprasseln, die „Türken hätten Deutschland wieder aufgebaut“. Denn dies sollte mit der Behauptung „seit über 70 Jahren“ frei von Kenntnis der Grundrechenarten einmal mehr propagiert werden.

Was wir außerdem in der „Debatte“ vernehmen, sind in der Regel keine Parolen, die zur Rückkehr der Muslime in ihre Heimatländer auffordern, sondern vielmehr Programme, mit denen „Migranten“ vermehrt der Weg zur Beschäftigung bei der öffentlichen Hand geebnet wird. Dabei ist man sogar bereit, das Leistungsprinzip auszuhebeln, damit es die „Migranten“ schaffen, eher berücksichtigt zu werden als Deutsche und leistungsbereite Zuwanderer, wobei letztere in der Regel keine „Migranten“ sind.

In der Sendung soll es laut der Sprecherin darum gehen, zu klären, ob der Mord an Marwa el Scherbini auf die Tat bzw. das Verbrechen eines einzelnen Rassisten zurückgeht, oder ein blutiger Gipfel einer islamfeindlichen Stimmung gewesen sei. Die Frage kann man natürlich stellen.

Die Frage, ob das massenhafte „niedermessern“ von Deutschen durch „Migranten“ unter den Rufen „Scheißdeutscher“ und ähnlichem ein Zeichen von „Rassismus“ in der „Migranten“-Gesellschaft sein könnte, könnte man natürlich ebenfalls stellen. Sie wäre wegen des exorbitant höheren Ausmaßes auch naheliegender, aber wohl nicht so dringlich – aus Sicht des WDR.

Und so gibt man denn zwei Jahre nach dem Mord von Dresden der Islamophobiedebatte breiten Raum, bei der [Stephan Kramer](#) vom Zentralrat der Juden lobend als Gegenbeispiel genannt wird.

Anders als bei allen anderen „Vorurteilen“ gegenüber Minderheiten, ziehe sich eine negative Einstellung durch alle Bildungsschichten, so der Bielefelder Jugend- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer. Woran das wohl liegen mag? Das wird nicht deutlich, sondern mit großer Erschütterung wird

lieber davon berichtet, in welchem erschreckenden Ausmaß die „Vorurteile“ verbreitet sind:

73 % seien der Ansicht, der Islam sei kaum oder gar nicht mit säkularen Prinzipien vereinbar und 78% erwarten keine und nur eine eingeschränkte Anerkennung anderer Konfessionen durch den Islam. Natürlich, so Heitmeyer, seien das Wahrnehmungsverzerrungen, die zu Vorurteilen führten, die ein ganz klein wenig deswegen so langlebig seien, da darin „Kerne enthalten“ sind, mit denen man sich auseinandersetzen müsse. Dem geht die Sendung sofort nach, indem empört Umfragezahlen genannt werden. Allerdings erspart die Redaktion – in dem üblichen Muster der MSM – dem Wissenschaftler Heitmeyer, sich mit den „wahren Kernen“ auseinander zu setzen.

Lieber lässt man eine Muslima darüber klagen, dass sie aufgrund ihres Kopftuches diskriminiert wird. Das liege daran, so wird uns erklärt, dass „die Deutschen“ (bei Deutschen sind Verallgemeinerungen zulässig!) nicht fähig seien, Menschen mit anderer Ethnizität als zu dieser Gesellschaft zugehörig und damit nicht als deutsch empfinden zu können, so Bassam Tibi. Die in diesem Zusammenhang ebenfalls zu Wort kommende junge deutsche Muslima erklärt, sie empfinde sich als türkische Muslima mit starken deutschen Einflüssen – nicht als Deutsche, dafür wurde sie schon zu oft diskriminiert.

Wer alle Muslime als Muslime bezeichne und sie so ethnisiere, der unterscheide nicht zwischen Sunniten und Schiiten usw., so Tibi. Der Unbedarfte hätte gedacht, dass der Begriff der [Umma](#) ausnahmsweise nicht von den bösen deutschen Rassisten erfunden wurde. Aber solche Gedanken hat anscheinend nur, wer nicht ein so hervorragender Intellektueller wie Bassam Tibi ist. Tibi ist aufgrund dieser Eigenschaft auch in der Lage zu analysieren, der Islam sei politisiert worden, während schlichtere Geister meinen, der Islam umfasse alles, einschließlich Politik.

Zudem macht er uns darauf aufmerksam, dass ein Palästinenser

nie in eine türkische Moschee gehen würde. Und weil „wir“ nicht erkennen, dass Muslime darüber hinaus noch nach nationaler Herkunft unterscheiden, darum ethnisieren wir. Die Deutschen aber lehnen es ab, andere trotz einer anderer Herkunft als zugehörig zu akzeptieren, weil wir nicht erkennen, dass ein Türke einen Palästinenser ablehnt. Wer das jetzt nicht verstanden hat, dem ist nicht zu helfen.

Natürlich kommt auch die Leiterin des Ein-Frau-Instituts „für Medienverantwortung“, Sabine Schiffer zu Wort. Schiffer darf einmal mehr ohne jede kritische Nachfrage viel von dem sagen, was sie immer sagt. Aber, so die Sprecherin, Kritik an den „angeblichen“ religiösen Praktiken und an Verbrechen, die „angeblich im Namen der Religion“ begangen werden, müsse möglich sein. Missstände, so Schiffer, dürften benannt werden, ohne zu verallgemeinern. Solange man also feststellt, der Islam habe nix mit dem Islam zu tun, ist es zulässig. Dann kommt man auch seiner Medienverantwortung nach, was dem WDR in diesem Rührstück hervorragend gelingt.

Und so kommt schon als nächstes erneut die junge Muslima Tuba zu Wort, die sich auch deswegen diskriminiert fühlt, weil ihr die Schule keinen Gebetsraum zur Verfügung stellte. Ihr Mittagsgebet sei einfach nicht gewollt gewesen.

Daher wechselt die Reportage sofort zum Thema Islamunterricht, von dem alle wissen, wie wunderbar integrativ dieser wirkt. Aber die Muslime an sich (was eigentlich eine ganz böse Ethnitisierung darstellte, wäre sie nicht von einem „Guten“ ausgesprochen) sind gegenüber den Kirchen benachteiligt, auch weil sie zum Teil gar keine Kirche sein wollen. Wer dem Gedankengang des migrationspolitischen Sprechers der Grünen (gemeint ist die Partei), Josef Winkler, nicht ganz zu folgen vermag, ist sicherlich islamophob. Er will darüber reden, wie man „DIE“ (schon wieder ethnitisiert) in Rundfunkräte usw. hineinbringt.

Unter Verwendung einer simplifizierenden Ethnitisierung verwendet die Sprecherin trotz Belehrung durch Bassam Tibi

weiterhin die Begriffe „Muslime“ und „Nichtmuslime“ (von anderen auch gerne Ungläubige oder Kuffar genannt) und stellt dar, was angeblich alle(!) Muslime und im Gegenzug alle(!) Nichtmuslime fordern.

Dann lässt der WDR Bassam Tibi erklären, auf welche Werte in der Auseinandersetzung sich Europäer berufen dürfen und auf welche nicht. Umgekehrt erklärt den Muslimen (und den Zuhörern) niemand, welche Werte denn der Islam vermittelt. Das geht deswegen nicht, da dies islamophob und ethnitisierend wäre. Dafür kommt aber ein Zauberwort zur Sprache: „Der Euroislam“! Ein Mischmasch aus islamischer Ethik und europäischen Werten unter Abkehr von Scharia und Dschihad. Sollte die Scharia Bestandteil des Islam sein? Und warum verabschiedet man sich von dem „spirituellen inneren Kampf“?

Aber es gibt auch eine gute Nachricht: Der migrationspolitische Sprecher der Grünen, Josef Winkler, spricht sich gegen einen kulturellen Rabatt (z.B. durch die Justiz) gegenüber „Migranten“ aus.

Dann kommt noch einmal Tuba zu Wort, die nicht deutsch sein möchte und bedauert, dass „man“ (böse Ethnisierung) „als fremd empfunden wird“.

Heitmeyer findet, „man“ solle sich nicht zum Opfer stilisieren, sondern Konflikte aushalten.

Sabine Schiffer kommt im Anschluss zu Wort und erklärt, dass sie Morddrohungen erhalten habe. Das ist niemand zu wünschen und es bleibt zu hoffen, dass die Täter ermittelt und bestraft werden. Aber mit welcher Chuzpe es dann durch die Redaktion und Schiffer gedreht wird und die Bedeutung bekommt, mit ihr stünde die falsche vor Gericht, nötigt einem fast schon Bewunderung ab. Zur Erinnerung: Schiffer vermutet Rassismus hinter der Tatsache, dass ein Polizist den Ehemann des Mordopfers anschoss. Dem Hörer wird auch verschwiegen, dass der „iranische Sender“, dem sie diese These offenbarte, ein

Propagandainstrument des Mullah-Regimes ist, das sich begeistert auf alles stürzt, was die Muslime zu Opfern und Juden zu Tätern macht. Aber das schadet nicht, schlimmer wäre es gewesen, Schiffer hätte der „Jungen Freiheit“ ein Interview gegeben. Und so lässt man den Hörer lieber im Dunkeln, dafür aber Schiffer erklären, sie habe nichts gegen den Polizisten persönlich, aber wenn es so gewesen sein sollte, dass dieser „reflexhaft auf den Dunkelhäutigen geschossen“ habe, dann könne man dies immer noch der Schrecksekunde zurechnen, Aber dann solle man das „zum Bewusstsein bringen, damit so etwas nicht noch einmal passiert“. Und so sieht sich Schiffer ungerechterweise weiterhin einem Gerichtsverfahren ausgesetzt, während alle anderen Verfahren gegenüber den (so die sublimen Botschaft) wahren Schuldigen an dem Mord an der Ägypterin abgeschlossen seien.

Die Beschädigungen des Mahnmals in Dresden wurden auch erwähnt – allerdings wird dem Hörer vorenthalten, dass sich bei der letzten [Sachbeschädigung die Täter als Linke entpuppten](#). Das würde das Bild zerstören, das man so geschickt im Kopf des Hörers gepinselt hat.

Wie so oft wird auch in dieser Sendung nicht ein Wort zu den Inhalten des Islam mitgeteilt. Es ist dem WDR nur wichtig, darüber aufzuklären, dass alle, die ihn ablehnen, das aus „Vorurteilen“ heraus tun.

Danke WDR!